

# Die neue Partei am rechten Rand

---

## Programm und Positionen der Alternative für Deutschland (AfD)

herausgegeben von



## Impressum

Potsdam 2016

**Herausgeber:**

Aktionsbündnis gegen Gewalt,

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Mittelstraße 38, 14467 Potsdam

**E-Mail:** [kontakt@aktionsbuendnis-brandenburg.de](mailto:kontakt@aktionsbuendnis-brandenburg.de)

**Redaktion:** Maica Vierkant, Christoph Schulze

**Fotos:** S. 22: EKBO, S. 26 links: Simone Ahrend, alle übrigen: privat

**Lektorat:** Barbara Driesen

**Gestaltung:** FLMH | Labor für Politik und Kommunikation

**Förderung:** Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“



# Die neue Partei am rechten Rand

---

## Programm und Positionen der Alternative für Deutschland (AfD)

herausgegeben von



## **X DIE AFD IN BRANDENBURG**

Der Landesverband Brandenburg wurde im April 2013 gegründet, mit damals 280 Mitgliedern. Die Zahl ist inzwischen auf 900 Personen gestiegen. Die herausragende Figur ist Landeschef Alexander Gauland. In den Medien ist er das Gesicht des Landesverbandes. Auf Bundesebene ist Gauland tonangebend für den nationalkonservativen Flügel der Partei. 18 Kreisverbände hat die AfD in Brandenburg. Die Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) hat in der Mark einen Landesverband. Elf Abgeordnete zogen im September 2014 in den Landtag ein. Die AfD erhielt insgesamt 120.000 Zweitstimmen, einen Stimmenanteil von 12,2 Prozent. Ein Drittel ihrer Wähler\_innen (40.000) hatte zuvor die rechtsextremen Parteien DVU oder NPD gewählt. Andere hatten bis dahin nicht gewählt oder anderen Parteien ihre Stimme gegeben: 20.000 Wähler\_innen kamen von der Linken, 18.000 von der CDU und 17.000 von der FDP. Den Wahlkampf bestritt die AfD in Brandenburg hauptsächlich mit den Themen Innere Sicherheit, (Grenz-)Kriminalität sowie Asyl- und Einwanderungspolitik.

# Inhalt

<b>Die neue Partei am rechten Rand</b> .....	6
<b>Deutsche Geschichte</b> .....	8
<b>Nationalismus</b> .....	10
<b>Rechtsextremismus</b> .....	12
<b>Europapolitik</b> .....	14
<b>Einwanderung</b> .....	16
<b>Asylpolitik</b> .....	18
<b>Kriminalität</b> .....	20
<b>Religionsfreiheit</b> .....	22
<b>Wirtschaft und Soziales</b> .....	24
<b>Geschlechter- und Familienpolitik</b> .....	26
<b>Klimaschutz</b> .....	28
<b>Zum Weiterlesen</b> .....	30

# Die neue Partei am rechten Rand

---

Ist die „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine rechtsextreme Partei in der Tradition von NPD oder DVU? Ganz sicher nicht.

Dennoch werden von und in der AfD Positionen vertreten, die mit dem Grundgesetz und dem Zusammenleben in einem offenen und demokratischen Land nicht zu vereinbaren sind. Auch Menschen, die sich selbst in der AfD engagierten, sind dieser Meinung. Der ehemalige Parteivize Hans-Olaf Henkel bedauert inzwischen, dass er eine „NPD light“ aufgebaut habe. In Brandenburg gibt es ähnliche Stimmen, etwa die von Lothar Wilhelm Wellmann. Er war in Potsdam Fraktionschef im Stadtparlament und trat aus, weil die Partei zunehmend in eine „nationalistisch-völkische Richtung“ steuere.

Die AfD ist weiter nach rechts gerückt, und parallel dazu haben die extrem rechten Parteien an Bedeutung verloren. Viele, die etwa die NPD unterstützten, sehen ihre politische Heimat inzwischen bei der neuen Partei am rechten Rand. Diese erzielt Erfolge, wie sie die Neonazis von der NPD nie hätten erreichen können. Bei den Landtagswahlen 2016 gelang der AfD in Sachsen-Anhalt ein Ergebnis von 24,5 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern von 20,8 Prozent; in Brandenburg erhielt sie bei den Wahlen 2014 12,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Umfragen zeigen, dass die Partei sehr gute Chancen hat, bei der Bundestagswahl im Herbst 2017 in den Bundestag einzuziehen.

Das macht die Beschäftigung mit der Frage dringlich, wofür die AfD steht. Seitdem Frauke Petry Bundesvorsitzende wurde, sind eine Anti-Establishment-Orientierung und systematische Tabubrüche stilprägend. Schwerpunkte sind dabei provokante Stellungnahmen zur Flüchtlingspolitik und zum Islam. Die AfD bedient sich des bekannten Gegensatzes „die da oben und wir hier unten“ und inszeniert sich als Sprachrohr einer vermeintlichen „schweigenden Mehrheit“.

Drei Jahre nach ihrer Gründung beschloss die AfD im Mai 2016 ein Parteiprogramm, in dem sie zu einer Vielzahl von Themen Stellung nimmt – von Migrations- und Familienpolitik über Hartz IV bis zu Klimawandel und Energiewende. So versucht die AfD, all jene politisch abzuholen, die mit den momentanen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen unzufrieden sind.

Die AfD ist eine junge Partei, in der verschiedene Strömungen anzutreffen sind. Es gibt immer noch wirtschaftsliberale Stimmen, vermehrt aber auch nationalkonservative, neurechte und rechtspopulistische Kräfte. Das Verbindende zwischen diesen Strömungen ist die Ideologie von sozialer Ungleichheit als „natürlicher Ordnung“. Unterschiedliche Ansichten herrschen darüber, wo es mehr Ungleichheit geben sollte: zwischen den sozialen Schichten, zwischen den Geschlechtern oder zwischen Deutschen und Migrant\_innen.

Verbindend ist auch ein Unbehagen mit unserer heutigen Gesellschaft, die vielfältiger und offener für verschiedene Lebensentwürfe geworden ist. Die AfD sieht sich in einem Kulturkampf für ein „anderes Deutschland“, der mächtige Rechtsaußen-Flügel beschreibt die Partei als „Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.), als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“.

Nach einer Umfrage des *RBB* und der *Märkischen Oderzeitung* im Mai 2016 hält die Mehrheit der Bevölkerung Brandenburgs die Positionen der AfD für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Für manche der Forderungen, etwa die Diskriminierung von Muslimen, trifft dies wohl zu; für andere Ideen, wie die Abkehr vom Klimaschutz, keineswegs.

Die Auseinandersetzung mit der AfD ist vielfach von der Empörung über inszenierte Tabubrüche durch ihre Funktionäre geprägt. Über die Inhalte und Ziele der Partei wird angesichts ihres politischen Gewichts noch zu wenig diskutiert. In dieser Veröffentlichung nehmen wir einige der Positionen der AfD kritisch unter die Lupe. Wir stellen mit einem besonderen Augenmerk auf das Land Brandenburg dar, welche Standpunkte die AfD bzw. wichtige Vertreter\_innen einnehmen. Zudem haben wir Fachleute um Stellungnahmen zu einzelnen Aussagen der Partei gebeten.

# Deutsche Geschichte

---

Unser Bild von der Geschichte prägt, wie wir uns selbst sehen. Das weiß auch die AfD. In der Partei wird die deutsche Geschichte als eine „einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung“ gefeiert. An die Verbrechen des Nationalsozialismus will die AfD hingegen weniger erinnern.

Ein „Volk entwickelt“ sich, so erklärte AfD-Landesvorsitzender Alexander Gauland in einem Interview mit der Zeitung *Die Zeit*, „aus Geschichte, Tradition, aus Umbrüchen“. Der Rückbezug auf eine nationale Tradition sei für die „Identität“ und den Zusammenhalt eines Volkes erforderlich. Geschichtsbezüge spielen dementsprechend bei der AfD eine wichtige Rolle.

So bezieht sich Gauland wiederholt auf Preußen und die Politik Otto von Bismarcks. Die Deutschen hätten ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt und müssten „wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck 1862 in die berühmten Worte fasste: ‚Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden sondern durch Eisen und Blut.‘“ Danach gefragt, wie denn „Eisen und Blut“ – also kriegerische Mittel – heute ein sinnvolles Leitbild für Deutschland sein könnten, entgegnet Gauland, es sei völlig klar, „dass das hier und heute nicht funktioniert“.

Auf dem AfD-Landesparteitag im Februar 2014 zitierte Gauland den Dichter Heinrich von Kleist mit den Worten „In Staub mit allen Feinden Brandenburgs!“. Er ist nicht der erste, der sich für diesen Ausspruch begeistert. Nachdem NS-Propagandaminister Joseph Goebbels das Stück „Prinz von Homburg“, aus dem dieser Satz stammt, gesehen hatte, notierte er in sein Tagebuch: „Was für ein Kerl ist doch dieser Kleist gewesen!“, und auf einem NSDAP-Plakat fand sich die Abwandlung „In den Staub mit allen Feinden Gross-Deutschlands“.

Es ist vor allem die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, mit der die AfD nichts zu tun haben möchte. So macht zum Beispiel ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt deutlich: „Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.“ Der Nationalsozialismus erscheint hier als Unglück, das den Blick auf eine ansonsten glanzvolle deutsche Geschichte verstellt. Passend dazu fordert die AfD in ihrem



Grundsatzprogramm: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus scheint die AfD als störend für die Herausbildung einer deutschen Identität zu empfinden. So sagte Gauland in dem besagtem *Zeit*-Interview: „Ich glaube, dass Auschwitz, auch als Symbol, viel in uns zerstört hat.“ Damit meint er nicht, dass die Nazis die Leben ihrer Opfer und deren Angehöriger zerstört hätten, sondern dass durch die „Berührung“ der Nazis viele Dinge „nicht mehr sagbar wurden“. Nicht die Verbrechen des Nationalsozialismus sind demnach das vorrangige Problem, sondern die von der AfD oftmals angeprangerte „politische Korrektheit“ mit ihren angeblichen Sprachverboten und Sprachregelungen.

In der Rhetorik der AfD dient auch der Bezug auf die Geschichte der DDR einem ähnlichen Ziel, nämlich die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren. Unter dem Slogan „Auf dem Weg zur DDR 2.0“ schreibt die AfD auf ihrer Facebookseite: „In der DDR warf man den Menschen vor, sie würden mit dem Westen zusammenarbeiten und republikfeindlich sein. Im wiedervereinigten Deutschland bemühen die Medien die Nazizeit, um die Menschen einzuschüchtern.“ In der DDR, so heißt es hier weiter, „war es gefährlich, als Bürger seine Meinung zu sagen“. Heute frage man sich: „Darf man noch Kritik üben, seinen Unmut kundtun, wählen und offen zu der Wahl stehen, ohne angefeindet zu werden?“ Damit unterstellt die AfD, Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit und das freie Wahlrecht würden in der Bundesrepublik beschnitten, wenn nicht gar ausgehebelt.

# Nationalismus

Für die AfD stehen „nationale Interessen“ im Mittelpunkt ihrer Politik. Ihnen haben sich andere Interessen – zum Beispiel ökonomische, soziale, menschenrechtliche, humanitäre, europäische oder globale – unterzuordnen. So fasst die Partei in der Präambel zu ihrem Parteiprogramm zusammen: „Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.“ Daraus ergibt sich sowohl die Forderung nach einem „Europa der Vaterländer“ als auch die Ablehnung all dessen, was einer „deutschen Identität“ in den Augen der AfD gefährlich werden könnte.

Von Nationalismus wird gesprochen, wenn die Nation zum höchsten politischen Wert erklärt wird, dem alle anderen politischen Werte und Inhalte untergeordnet sind.

Historisch gesehen gibt es unterschiedliche Formen von Nationalismus. Nationale Einigungsbewegungen „von unten“, die sich bilden, bevor ein Nationalstaat existiert – zum Beispiel in Deutschland vor 1871 –, sind häufig demokratisch orientiert und anderen Nationen gegenüber nicht feindselig eingestellt. Wenn in einem bereits bestehenden Nationalstaat eine herrschende Elite oder eine etablierte Regierung nationalistische Stimmungen mobilisiert – wie zum Beispiel im Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg oder auch im Nationalsozialismus –, dann spricht die Forschung von „integriertem Nationalismus“. Dieser ist häufig antidemokratisch und will nicht selten politische oder ökonomische Interessen auf Kosten anderer Nationen aggressiv oder gar militärisch durchsetzen.



Der Politikwissenschaftler Priv. Doz. Dr. Gideon Botsch vom Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam kommentiert den Stellenwert des Nationalismus für die Politik der AfD.

Eine Zeit, in der die Nationalstaaten an Bedeutung verlieren, und sich – wie

## » Für die AfD steht die deutsche Nation im Mittelpunkt aller Politik. «

das heutige Deutschland im Rahmen der Europäischen Union – mit ihren Nachbarländern zu größeren Einheiten verbinden, kann man als „postnational“ bezeichnen. Nationalpopulistische Bewegungen „von unten“ – wie die AfD – kritisieren diese übernationalen Integrationsprozesse prinzipiell. Sie wollen zurück zum alten Nationalstaat, der seine Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik umfassend selbst gestaltet und seine Grenzen wieder stärker kontrolliert. Solche Bewegungen sind immer gegen Zuwanderung gerichtet. Dabei orientieren sie sich an dem Prinzip der „Volksnation“. Demnach seien Nationen in erster Linie Abstammungsgemeinschaften, deren ethnische Homogenität nicht bedroht werden dürfe.

Wenn rechtspopulistische Bewegungen die Regierungsmacht errungen haben – wie gegenwärtig in Ungarn und Polen –, dann bedienen sie sich erneut der Mittel des „integralen Nationalismus“. Die Möglichkeiten, rein nationalstaatlich zu handeln, sind jedoch in Europa in den „harten“ Bereichen der Politik, zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik, eng begrenzt. Daher konzentrieren sich die neuen nationalistischen Regierungen meist auf kulturpolitische Bereiche, eine „harte Hand“ in der Innenpolitik und Maßnahmen, die sich gegen Zuwanderer und gegen Zuwanderung richten.

# Rechtsextremismus

„Meine Meinung ist nach wie vor, dass es in der AfD keinen Platz für Antisemitismus oder Rassismus gibt und geben darf. Würde es so etwas geben, wäre ich schon lange nicht mehr in dieser Partei.“ Diese klare Haltung formulierte im Juni 2016 der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Anton Baron. Sein Fraktionsvorsitzender, der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen, ist hingegen der Ansicht: „Wenn die NPD vernünftige Vorschläge macht, würden wir genauso wenig gegen sie stimmen, wie wenn das bei den Linken der Fall wäre.“ Immer wieder ist von Verbindungen zwischen AfD-Mitgliedern und der extremen Rechten zu hören. Gleichzeitig gibt es Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber rechtsextremen Organisationen. Wie sieht es aus mit dem rechten Personal der AfD?



Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Kopke von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin kommentiert die Verbindungen der AfD zur extremen Rechten.

Programmatisch gibt sich die AfD bürgerlich-konservativ. Ihr Parteiprogramm ist nicht rechtsextrem. Vom Antisemitismus distanziert sich die Parteispitze vehement. An der Basis scheint man jedoch kaum Berührungspunkte mit Rechtsextremisten zu haben. Gerade bei den Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2015 sah man AfD-Aktivisten mit bekannten Rechtsextremisten gemeinsam agieren.

Kommen rechtsextreme Vergangenheiten, Verbindungen oder Aktivitäten von AfDlern ans Tageslicht, werden diese regelmäßig geleugnet oder banalisiert. Von Erinnerungslücken und „Jugendsünden“ ist dann die Rede. Allein die Tatsache, dass öffentlich darauf hingewiesen wird,

dass eine Position rassistisch oder neonazistisch ist, gilt vielen aus diesem Milieu als Beleg für eine „Diktatur politischer Korrektheit“. Kritik wird so als Denkverbot inszeniert, die trotzige Abwehr als Widerstand gefeiert.

Auch im brandenburgischen Landesverband waren zahlreiche AfD-Funktionäre in rechtspopulistischen oder rechtsextremen Formationen aktiv. Ein Beispiel: Der stellvertretende Landesvorsitzende und Fraktionsvize Andreas Kalbitz war Mitglied der Republikaner. Als Autor schrieb Kalbitz für die Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die Zeitschrift des rechtsradikalen Witikobunds und ein Blatt der damals an der Grenze zum Neonazismus stehenden Jungen Landsmannschaft Ostpreußen. Das ist einige Jahre her. Doch noch im Dezember 2014 übernahm er den Vorsitz des rechtsextremen Vereins Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit, der in den 1980er-Jahren von einem ehemaligen SS-Hauptsturmführer und NPD-Funktionär gegründet worden war. Erst nach vehementer Kritik trat Kalbitz von diesem Amt zurück.

» *Zahlreiche Brandenburger AfD-Funktionäre waren in rechtspopulistischen oder rechtsextremen Formationen aktiv.* «

Das Recht auf Meinungsfreiheit wird unter dem Slogan „Mut zur Wahrheit“ offenbar als Recht auf die Verbreitung von Ressentiments verstanden. Hierfür bedient man sich rhetorisch aus dem Arsenal radikalnationalistischer und rechtsradikaler Schlagworte. In der düsteren Beschreibung der Tagespolitik poltert man gegen die „Kanzlerdiktatorin“ und „Linksfaschisten“, gegen „Islamisierung“ sowie „Überfremdung“ und „Umvolkung“. So ist es zu verstehen, wenn der Landesvorsitzende Alexander Gauland sich öffentlich die Neonaziparole „Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land“ als „einleuchtenden und klugen“ Satz zu eigen macht.

Die AfD hat die „Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft salonfähig gemacht“, sagte der Chef des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, Anfang September 2016 in einem Interview. Beflügelt vom Erfolg der AfD bei den zurückliegenden Wahlen will die Parteichefin Frauke Petry das Wort „völkisch“ wieder positiv besetzt wissen – ein Schlüsselbegriff der Nationalsozialisten, der für eine rassistische und undemokratische Definition von „Volk“ steht. Dies sollte allen zu denken geben, die hinsichtlich des Charakters dieser Partei im Zweifel sind.

# Europapolitik

---

Die AfD will nicht nur den Euro abschaffen, sondern auch die EU zurückbauen. Die europäische Zusammenarbeit steht für die Partei für die Zerstörung „kultureller Errungenschaften“ und die Bevormundung Deutschlands. Tatsächlich ist Deutschland ein führendes Mitglied der EU und profitiert nicht nur wirtschaftlich von ihr.

Die AfD wurde 2013 als Reaktion auf die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung gegründet. Nach wie vor steht sie dem Euro und der Europäischen Union eher ablehnend gegenüber. Sie setzt sich für ein „Europa der Vaterländer“ ein und fordert, „das Experiment Euro“ zu beenden. Die „Vision eines europäischen Großstaates“, so die AfD, laufe „zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten, mit den sie tragenden Völkern, ihre nationale Souveränität verlieren“. Ihrer Meinung nach könnten „nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte“, ihren Bürger\_innen „die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume bieten“.

Laut AfD ist das Vermächtnis aus der Geschichte Europas ein „friedliches Miteinander souveräner Staaten“. In der geschichtlichen Wirklichkeit war das „Miteinander“ der Nationalstaaten wie Deutschland und Frankreich über Jahrhunderte geprägt von kriegerischen Auseinandersetzungen – bis sich die europäische Idee durchsetzte. Der Prozess der europäischen Integration begann 1949 mit dem Europarat. Der Gedanke eines zusammenwachsenden Europas entstand vor dem Erfahrungshintergrund des Zweiten Weltkriegs. Mit ihm verband sich die Hoffnung, in einem durch Tod und Zerstörung zerrütteten Europa dauerhaft für Frieden zu sorgen. Trotz aller Probleme in der Umsetzung dieses Gedankens verspricht eine Rückkehr zu einem Europa aus Einzelstaaten keineswegs ein Mehr an Sicherheit und Freiheit.

In der EU sieht die AfD eine „fremde Bevormundung“. Sie übersieht, dass Deutschland in allen europäischen Institutionen führend vertreten ist. In Bezug auf den Euro bemüht die AfD einmal mehr ein Szenario der Bedrohung. Die „Installation des Euro-Währungsraums“ sei geeignet, die „kulturellen Errungenschaften zu zerstören“. Um dem vorzubeugen, müsse „das waghalsige Experiment unverzüglich abgebrochen“ werden. Der Euro gefährde den gesamten europäischen Frieden.

Gerade nach dem Volksentscheid in Großbritannien, der zum Austritt aus der Europäischen Union („Brexit“) führen wird, sieht sich die AfD in ihrer Position bestärkt. Kurz nach dem britischen Referendum im Juni 2016 stellte AfD-Vorstandsmitglied Alice Weidel einen Drei-Stufen-Plan vor. Demnach müsse „Deutschland mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten für eine Reform der EU sorgen, die einen deutlichen Rückbau der EU beinhaltet“. Als Erstes solle die EU gegenüber Großbritannien „dringend von ihrer Politik der Ausgrenzung ablassen“. Als zweiten Schritt müsse man die EU in einen weniger festen Verbund souveräner Nationalstaaten verwandeln. Wenn dies nicht gelinge, sollten die Bürger\_innen über einen weiteren Verbleib abstimmen. Gleichzeitig sieht Weidel im Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) von 1992 eine „konstruktive Lösung“, sowohl im Falle eines Austrittes als auch nach dem proklamierten „Rückbau“. Denn Zollunion und Binnenmarkt hätten „allen Ländern enorme wirtschaftliche Vorteile gebracht“.

Laut Grundsatzprogramm möchte die AfD allerdings „Schutzzäune oder ähnliche Barrieren“ an den deutschen Außengrenzen errichten sowie „betriebsbereite Grenzübergangsstellen bereitstellen, die je nach Gefährdungslage jederzeit in Betrieb genommen werden können“. Daher stellt sich die Frage, ob das offensichtliche Abschottungsbedürfnis der AfD nicht ihren Vorstellungen von einem funktionierenden Binnenmarkt entgegensteht.

Weidel lehnt darüber hinaus eine „Fiskalunion durch Steuerharmonisierung“ ebenso ab wie eine „Sozialunion durch Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme“. Bereits in ihrem Grundsatzprogramm warnt die Partei vor der Einwanderung aus Staaten der Europäischen Union nach Deutschland: „Das europäische Freizügigkeitsrecht hat in seiner Ausprägung der Personenfreizügigkeit zu massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der EU aus den ärmeren in die reicheren Staaten, besonders nach Deutschland, allein zum Zweck des Sozialhilfebezugs geführt.“ Auch hier versucht die AfD Angst zu schüren – in diesem Fall davor, dass andere Menschen einem etwas wegnehmen könnten oder man für sie zahlen müsse.

# Einwanderung

Zuwanderung ist für die AfD in erster Linie ein Problem. Dass sie auch Chancen bietet, wird kaum gesagt. Unabhängig von allen humanitären Gründen, Zuwanderung zu befürworten, sind sich Fachleute sicher: Brandenburg braucht sie, um sich den Aufgaben der Zukunft stellen zu können.

Zwar bejaht die AfD „die Zuwanderung integrationswilliger und integrationsfähiger Einwanderer nach Deutschland“, doch gleichzeitig beschwört sie die Gefahren von gescheiterter Integration. „Und wenn aus dem ganzen Nahen Osten Menschen zu uns kommen, junge, ungebildete Muslime, dann ist es absurd zu glauben, dass diese Menschen sich hier einfach integrieren lassen“, sagte der AfD-Landesvorsitzende Alexander Gauland bei einer Rede im Jahr 2016 in Elsterwerda. Er spricht von einer „Politik der menschlichen Überflutung“ und meint: „Es ist der Versuch, das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung.“ Eine weltoffene Gesellschaft, die nicht nur eine, sondern viele Kulturen kennt, kann nach Ansicht der AfD nur scheitern. Eine „fortgesetzte Zuwanderung“ von Menschen mit „denkbar schlechten Integrationsaussichten“ verschärfe die bestehenden Probleme und sei daher „unverantwortlich“. „Gute Integrationsaussichten“ müssten daher für „eine Einreise mit der Absicht eines dauerhaften Aufenthalts künftig Bedingung sein“.

Dabei könne, so der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD im Landtag Brandenburg, Helmut Barthel, gerade die Integration von Flüchtlingen helfen, den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern. Und die ehemalige Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Sabine Kunst, betont die Bedeutung von Integration für die Sicherung der Sozialsysteme und für die Innovationskraft der Forschung.

Laut Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg müsse bis zum Jahr 2040 infolge des Geburtendefizits mit einem Bevölkerungsrückgang von heute 2,48 Millionen auf 2,17 Millionen Menschen gerechnet werden. Im Jahr 2015 waren 12,5 Prozent der Brandenburger\_innen unter 15 Jahre alt, 49,4 Prozent waren älter als 50 Jahre. Die AfD fordert: „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“. Doch selbst wenn künftig deutlich mehr Kinder in Brandenburg geboren werden würden, was sehr unwahrscheinlich ist, wäre der demografische Wandel nicht umkehrbar.



Im Jahr 2014 ist die Bevölkerungszahl im Land erstmals seit dem Jahr 2000 wieder leicht gestiegen. Für das Jahr 2015 ermittelte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg einen Bevölkerungszuwachs von knapp 27.000 Personen und stellt fest: „Der Bevölkerungszuwachs kam ausschließlich durch Zuwanderung zustande.“ Darunter sind 12.800 Zuwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit – zu 95 Prozent aus Berlin – und 25.000 nichtdeutsche Zuwanderer. Rund 10.000 von ihnen kamen aus Syrien. Weiter heißt es: „Dem Wanderungsgewinn steht ein Geburtendefizit von 11.600 Personen gegenüber, das sich aus einer Geburtenzahl von 19.100 Kindern und einer Sterbefallzahl von 30.700 Personen ergibt.“

Gleichzeitig kommt das „Betriebspanel Brandenburg 2015“ zu dem Schluss, dass es der Wirtschaft in Brandenburg zwar momentan gut gehe, märkische Betriebe aber immer größere Probleme hätten, freie Stellen mit Fachpersonal zu besetzen. Die Handwerkskammer Potsdam stellt fest, dass immer mehr Unternehmen die Potenziale von geflüchteten Menschen im Blick hätten. Diese Menschen brächten oft Arbeitserfahrungen, Mehrsprachigkeit und Flexibilität mit. „Mit Eigeninitiative und viel Motivation möchten sie fehlende Sprachkenntnisse und Zeugnisse kompensieren.“

# Asylpolitik

Die AfD will Flüchtlinge daran hindern, nach Europa zu kommen. Dabei ist Asyl ein Grundrecht, Schutz für Verfolgte ein Gebot der Humanität und Missbrauch seltener, als es scheint. Und Deutschland trägt im weltweiten Vergleich nur einen Bruchteil der Lasten der Aufnahme von Flüchtlingen.

Nach Artikel 16 des Grundgesetzes genießen politisch Verfolgte in Deutschland Asyl – auch wenn dieses Grundrecht durch Änderungen in den Jahren 1993 und 2015 eingeschränkt wurde. Zudem ist Deutschland Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention. Beide Übereinkommen sollen sicherstellen, dass Menschen, die politisch verfolgt werden oder aus anderen Gründen fliehen müssen, Schutz gewährt wird. Unabhängig von der rechtlichen Verpflichtung ist es auch ein Gebot der Humanität, Menschen in Not zu helfen.

„Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern“, heißt es auch auf der Website der AfD. Gleichzeitig wird im Grundsatzprogramm der Partei jedoch betont, dass das Asylrecht „nicht länger als ein Vehikel der Masseneinwanderung missbraucht werden“ dürfe. Marc Jongen, stellvertretender Sprecher der AfD Baden-Württemberg, sagte in einem Interview in der Wochenzeitung *Die Zeit*, Angela Merkel habe „fatale Einladungssignale an alle Mühseligen und Beladenen dieser Welt ausgesandt“. Die AfD unterstellt also, dass der Großteil der Menschen, die nach Deutschland kommen, dies unberechtigterweise täten, und zwar auf „Einladung“ der Bundesregierung. Dementsprechend heißt es im Grundsatzprogramm: „Die unzutreffende Bezeichnung ‚Flüchtling‘ für fast alle Menschen, die irregulär nach Deutschland einreisen, um hier dauerhaft zu bleiben, ist Ausdruck dieser verfehlten Politik.“

Die Bundesregierung hat im Sommer 2015 entschieden, bei Flüchtlingen aus Syrien die Asylverfahren übergangsweise selbst durchzuführen, anstatt die Flüchtlinge nach dem europäischen Rücküberstellungsverfahren nach Griechenland oder Italien abzuschicken. Dies ist aber weder gleichbedeutend mit einer „Einladung“, noch ist es „irregulär“. Vielmehr weisen Erstankunftsstaaten wie Italien und Griechenland derart starke Mängel bezüglich Asylverfahren und Aufnahmebedingungen auf, dass eine menschenrechtlich gebotene Behandlung der Menschen dort nicht gewährleistet ist. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass in solchen Fällen Staaten wie Deutschland anstelle des Erstankunftsstaates das Asylverfahren durchführen können (Selbsteintrittsrecht).

Weltweit waren Ende 2015 mehr als 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals vom Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) verzeichnet wurde. Die hohen Flüchtlingszahlen wurden vor allem durch den Krieg in Syrien verursacht. Mit 4,9 Millionen Flüchtlingen ist es das Land mit den meisten Flüchtlingen, gefolgt von Afghanistan (2,7 Millionen) und Somalia (1,12 Millionen).

Die AfD will verhindern, dass diese Menschen nach Europa – insbesondere nach Deutschland – kommen, und setzt sich für „eine vollständige Schließung der EU-Außengrenzen“ ein. Sie will in den Herkunftsregionen von Flüchtlingen „Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten“ einrichten. Asylanträge sollen in Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt werden und nicht auf deutschem Boden. Ferner sollen die Lebensbedingungen in „heimatnahen Flüchtlingslagern“ auf einem Niveau gehalten werden, das „eine Weiterwanderung überflüssig macht“.

Die AfD tut so, als hätten Deutschland und Europa nichts mit den internationalen Entwicklungen zu tun, durch die Kriege und Konflikte entstehen und weltweit Menschen zur Flucht getrieben werden. Doch als reiche und einflussreiche Industrienation besitzt Deutschland – wie auch andere westliche Länder – eine Verantwortung gegenüber Menschen in Not. Die Last auf ärmere Länder abzuwälzen, produziert unter Umständen neue Krisen und verlagert die Not der Menschen lediglich. Tatsächlich befinden sich die meisten Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, in Ländern, die ärmer sind und wirtschaftlich als weniger entwickelt gelten. Sie kommen also gar nicht nach Europa, sondern fliehen in Nachbarländer (86 Prozent im Jahr 2015). Die Türkei ist das Land, das 2015 mit 2,5 Millionen Menschen die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat. Danach folgen Pakistan mit 1,6 Millionen und der Libanon mit 1,1 Millionen Menschen.

Von Januar bis August 2016 stellten 15.914 Menschen in Brandenburg einen „Asylerstantrag“ – 2,8 Prozent der Anträge deutschlandweit. Damit liegt das Land auf Platz 11 von 16 Bundesländern. Bei der Frage der Unterbringung von Asylsuchenden setzt sich die AfD für Volksentscheide ein. Doch die Verteilung wird in der Bundesrepublik durch den sogenannten Königsteiner Schlüssel geregelt. In ihm ist festgelegt, wie die Länder an gemeinsamen Finanzierungen zu beteiligen sind. Der jeweilige Anteil richtet sich nach Steueraufkommen und Bevölkerungszahl des Bundeslandes und nicht danach, wie viele Flüchtlinge ein Bundesland aufnehmen möchte. Demnach muss Brandenburg im Jahr 2016 3,06 Prozent der Flüchtlinge aufnehmen.

# Kriminalität

---

Die AfD erweckt entgegen den Fakten den Eindruck, es gebe eine ständig wachsende und brutaler werdende Kriminalität, gegen die der Staat kaum etwas unternehme. Die Schuld daran sei vor allem bei „Ausländern“ zu suchen. Als Heilmittel schlägt die AfD Maßnahmen vor, die rechtsstaatlich und verfassungsrechtlich problematisch sind.

„Die Kriminalitätsentwicklung im Berliner Umland und im Grenzgebiet zu Polen macht deutlich, dass die Landesregierung bei ihrer Aufgabe versagt hat, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten“. So steht es im Wahlprogramm der AfD Brandenburg aus dem Jahr 2014. Das Ministerium des Innern meldete hingegen im März 2016 einen Tiefstand der Straftaten im Land Brandenburg von 188.264, welches einem Minus von vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Die stärkste Bedrohung der inneren Sicherheit geht für die AfD von „Ausländern“ aus. Das Bundeskriminalamt stellte für das Jahr 2015 jedoch fest, dass sich die Zahl der durch Zuwanderer\_innen begangenen Straftaten nicht proportional zu den Zuwanderungszahlen verhält: „Die weit überwiegende Mehrheit der Asylsuchenden begeht keine Straftaten.“ Auffällig: Menschen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, den Ländern, aus denen besonders viele Flüchtlinge stammen, würden besonders selten straffällig.

Die AfD fordert einen „sicherheitspolitischen Befreiungsschlag“. Sie möchte mehr Polizei, härtere Strafen, will den vorgeblich „ideologisch motivierten“ Datenschutz einschränken und spricht sich gegen eine Verschärfung des Waffenrechts aus. Sie will das Strafmündigkeitsalter von 14 auf zwölf Jahre herabsetzen und „eine konsequente Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab 18“ statt 21 Jahren festschreiben.

Bei Meldungen von Straftaten fordert die AfD Brandenburg, nicht nur die Staatsangehörigkeit, sondern auch „den Migrationshintergrund des Täters zu erfassen“. Der Landesverband fordert „präventive Ausweisungstatbestände für Täter aus dem Bereich der organisierten Kriminalität“, ohne jedoch genauer zu erläutern, was mit „präventiv“ gemeint ist. Auch sollen „auffällige, polizeibekannte Gefährder“ nach Meinung des innenpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, Thomas Jung, „schnell abgeschoben werden“.

Diese Forderungen sind rechtsstaatlich und verfassungsrechtlich fragwürdig. Die Freiheit der Person ist ein im Grundgesetz festgeschriebenes Grundrecht (Artikel 2 GG). Strafen darf der Staat in Deutschland deshalb nur nach Verstößen oder Straftaten verhängen. Eine vorbeugende („präventive“) Freiheitsentziehung ist nur ausnahmsweise und in sehr engen Grenzen zulässig: Wenn jemand bereits eine besonders schwere Straftat begangen hat und ein Gericht feststellt, dass diese Person mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere besonders schwere Straftaten begehen wird. Präventive Abschiebungen wären daher ebenso wie präventive Strafen oder die jüngst auch von der CSU vorgeschlagene Präventivhaft in der Regel rechtswidrig. Ähnliches gilt für die von der AfD geforderte Verhängung von Untersuchungshaft ohne Haftgrund – also wenn ein Tatverdächtiger weder flüchtig ist noch Fluchtgefahr, Verdunkelungsgefahr oder Wiederholungsgefahr vorliegen.

In der Strafverfolgung müssen Polizei und Justiz laut Grundgesetz Tatverdächtige bzw. Täter\_innen gleich behandeln, denn niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner Sprache oder seines Glaubens benachteiligt oder bevorzugt werden (Artikel 3 GG). Seit März 2016 können „ausländische Straftäter“ jedoch leichter ausgewiesen werden. Sie müssen das Land verlassen, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden – unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde oder nicht. Niemand darf jedoch ausgewiesen werden, wenn ihm oder ihr im Heimatland Tod, Verfolgung oder Folter droht. Wer straffällig wird und aus diesem oder einem anderen Grund nicht ausgewiesen werden kann, muss die Strafe in Deutschland absitzen.

# Religionsfreiheit

„Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“ – dieser eindeutige Satz steht im Parteiprogramm. Es folgen jedoch massive Einschränkungen wie: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Die AfD fordert ein Verbot von Minaretten, eine zwangsweise staatliche Überprüfung von Imamen und Deutschpflicht bei deren Predigten. Damit sollen die „jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur“ geschützt werden.



Heilgard Asmus, Generalsuperintendentin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, kommentiert die Religionspolitik der AfD.

Die AfD gibt vor, die christlich-abendländische Werteordnung zu verteidigen. Dann muss sie auch die jüdischen Wurzeln dieser Werte verteidigen. In der Praxis dient ihr der Bezug auf das Christentum dazu, andere Religionen abzuwerten. Solch eine Abwertung ist mit dem christlichen Glauben nicht zu vereinbaren. Der AfD-Politiker Nicolaus Fest erklärte, dass man den Islam nicht als Religion, sondern als „eine totalitäre Bewegung“ sehen müsse, die mit dem Nationalsozialismus vergleichbar sei. Das öffentliche Ausüben dieser Religion müsse verhindert werden. Hier zeigt sich Unkenntnis, eine üble Verfälschung der Religion und eine Absage an die Religionsfreiheit sowie auch an die christlichen Werte. Grundlagen des Grundgesetzes sind unter anderem die zehn Gebote des Judentums, die auch für Christen gelten. Aus beiden Religionen aber entwickelte sich der Islam. Diese drei abrahamitischen Religionen ähneln sich in ihren Menschenbildern: Religiöse Toleranz, Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und Gastfreundschaft sind ihnen wichtige Gebote.

Wer ein Nebeneinander von religiösen Bekenntnissen verneint, der verteidigt keine christliche Kultur, sondern greift sie an. Zu einem liberalen und modernen Staat gehört selbstverständlich auch der Islam, genauso wie andere Religionen und der Atheismus. Jeder Mensch hat das Recht, seinen Glau-

ben unbeeinträchtigt zu leben. Freiheitliche Staaten lassen Pluralität zu, diktatorische Staaten schränken die Religionsausübung ein.

Die AfD lehnt ab, dass islamische Verbände den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts erhalten. Das ist hochproblematisch, denn der Austausch in der Gesellschaft und die Kooperation mit dem Staat werden über den Körperschaftsstatus befördert. Die Zahl der Mitglieder und die Orte der öffentlichen Religionsausübung sind damit öffentlich bekannt. Den christlichen Kirchen diesen Status zuzugestehen und ihn für islamische Verbände kategorisch zu verneinen, verbietet sich auch aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes.

*» Die Gesellschaft muss zu einem offenen muslimischen Glauben ermutigen. «*

Religionsfreiheit bedeutet ebenso, sich gegen Fundamentalismus und gegen eine Einengung des Glaubens zu stellen. Es gibt einen christlichen Fundamentalismus, wie er sich etwa beim „Marsch für das Leben“ in Berlin zeigt. Die dort vertretenen Bilder von Familie und Frauen sind besorgniserregend. Viele AfD-Politiker beteiligen sich daran. Es gibt auch einen fundamentalistischen Islam, den man abwehren muss. Aber statt den Islam als Ganzes auszugrenzen, wie die AfD vorschlägt, muss die Gesellschaft im Gegenteil zu einem offenen muslimischen Glauben ermutigen. Die große Mehrheit der islamischen Verbände, die am gesellschaftlichen Leben in Deutschland teilnehmen und unser Land mitgestalten wollen, sollte gestärkt werden. Um das zu ermöglichen, braucht es Orte der Begegnung und des Austausches. Es braucht Kirchen, Synagogen und Moscheen – Räume also, in denen Menschen öffentlich beten und frei miteinander reden können.

# Wirtschaft und Soziales

---

Die AfD wird in Ostdeutschland besonders häufig von Arbeiter\_innen und Arbeitslosen gewählt. Dabei helfen viele ihrer politischen Positionen vor allem finanziell besser gestellten Menschen. Der Mindestlohn ist in der Partei umstritten.

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg im September 2014 kamen 19 Prozent der Stimmen für die AfD von Arbeiter\_innen und 14 Prozent von Arbeitslosen. Aber sorgt sich die AfD auch um deren Belange? Angetreten ist sie als Partei der Euroskeptiker. Mit dem Rückzug von Bundesvorstandsmitglied Bernd Lucke im Juli 2015 hat sich der politische Schwerpunkt verschoben: Heute sind es maßgeblich die Themen Einwanderung und Asyl, mit denen die AfD an Stimmen gewinnt. Dabei schreibt sich die AfD auf die Fahne, sich gegen das Establishment und gegen „die da oben“ zu wehren. Dementsprechend nennt der Landesvorsitzende Alexander Gauland sie die „Partei der kleinen Leute“. Die konkreten Reformvorschläge gehen in eine andere Richtung.

Die AfD will das Steuerrecht „umfassend reformieren“ und den „finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen reduzieren“. Der Partei schwebt dabei ein Steuermodell vor, das die heutige progressive Besteuerung von Einkommen („je höher das Einkommen, desto höher die Einkommensteuer“) zugunsten eines Stufenmodells abschafft und den Spitzensteuersatz deutlich senkt. Wie sie die dadurch entstehende Lücke im Staatshaushalt ausgleichen will, sagt sie nicht. Die Einkommensteuer ist neben der Umsatzsteuer der größte Einkommensposten für die Finanzierung der Staatsausgaben für Bildung, Soziales oder Infrastruktur.

Zudem will die AfD die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen. Auch hiervon profitieren eher Besserverdienende und weniger „die kleinen Leute“. Denn für die meisten Normalverdiener\_innen ist die Erbschaftsteuer angesichts hoher Freibeträge ohnehin nicht von großer Bedeutung. Und obwohl für Familienunternehmen, Landwirtschaftsbetriebe und Familien ohne Millionenerbe bereits weitreichende Ausnahmen gelten, bemüht die AfD das Bild der gebeutelten Familie als Opfer der Erbschaftsteuer. Für diejenigen, die Hartz IV beziehen (Arbeitslosengeld II), will die AfD eine „aktivierende Grundsicherung“ einführen. Diese sieht vor, dass der Unterstützungsbeitrag mit wachsendem Einkommen absinkt, bis ab einer bestimmten Grenze Einkommensteuer zu entrichten ist. Dadurch, so die AfD, entstehe ein Arbeitsanreiz.



Beim Thema Mindestlohn zeigt sich die Uneinigkeit der AfD: Im Wahlprogramm zur Europawahl im Jahr 2014 hieß es, er sei ein „ökonomisch falscher Weg“. Doch laut Grundsatzprogramm der AfD befürwortet sie die Beibehaltung des gesetzlichen Mindestlohns. Die Partei nennt auch gleich einen der Gründe: Ein Mindestlohn schütze Niedriglohnempfänger\_innen „vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohn- druck“. Daneben liegt es nahe, dass es sich die AfD mit Blick auf ihre Anhänger\_innen schlicht nicht leisten kann, einen gesetzlichen Mindestlohn abzulehnen. Allerdings trifft die Partei keinerlei Aussage über die Höhe eines Mindestlohns. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Brandenburger AfD, Christina Schade, meint, man brauche den Mindestlohn nur so lange, bis man „das Schiff in Schräglage wieder auf Kurs gebracht hat“.

# Geschlechter- und Familienpolitik

„Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“ propagiert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm als Strategie gegen die demografische Entwicklung in der Bundesrepublik. Zudem spricht sie sich für eine „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene“ aus. Demzufolge müsse das vorrangige Ziel bei der Schwangerschaftskonfliktberatung der Schutz des ungeborenen Lebens sein. Die Partei möchte Errungenschaften der Geschlechtergerechtigkeit rückgängig machen und öffentliche Gelder in diesem Bereich streichen. Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es dazu: „Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche ‚Gender-Studies‘, Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache sind zu stoppen“.



Ulrike Häfner und Verena Letsch vom Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg kommentieren die Haltungen der AfD zur Geschlechter-, Familien- und Bevölkerungspolitik.

Die AfD agiert offensiv antifeministisch und propagiert ein reaktionäres Familienbild. Die Wortführenden in der Partei entwerfen eine irrationale Bedrohungskulisse, um Geschlechtergerechtigkeit als gesellschaftspolitisches Ziel zu diskreditieren. In ihrer Parteisatzung hat die AfD ausgeschlossen, dass sich Frauen in einer eigenen Vereinigung organisieren.

Wer die Einsicht, dass sich Geschlechterverhältnisse wandeln, Geschlechtergerechtigkeit ein anzustrebendes Ziel ist und der Staat entsprechende Strategien verfolgt, als „politische Geschlechtsumwandlung“ oder als Schaffung des „Neuen Menschen“ diffamiert, kann dafür weder wissenschaftliche Maßstäbe noch Ideologiefreiheit für sich in Anspruch nehmen.

Ein zeitgemäßes Familienbild basiert auf selbstbestimmter partnerschaftlicher Rollenverteilung. Das bedeutet, dass beide Eltern (egal welchen Geschlechts) freiwillig und gemeinsam

» *Ein zeitgemäßes Familienbild basiert auf selbstbestimmter partnerschaftlicher Rollenverteilung.* «

bestimmen, wie sie Berufs- und Familienarbeit miteinander vereinbaren. Ein solches Verständnis von Partnerschaftlich-

keit eröffnet faire Optionen, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Eine Umsetzung der familienpolitischen Ideen der AfD würde Alleinerziehende und zahlreiche andere funktionierende Familienformen gesellschaftlich ausgrenzen.

Obwohl es überwiegend als bereichernd empfunden wird, ist die Entscheidung für ein Leben mit Kindern für Frauen keine leichte. Das Recht auf Selbstbestimmung und eigenständige Lebensplanung mit und ohne Kinder ist Grundvoraussetzung für ein geschlechterdemokratisches Miteinander. Die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs ist existenziell für Frauen und ein Symbol der Befreiung von paternalistischer Bevormundung.

Wer sich um den demografischen Wandel sorgt, muss mit einer kinder- und familienfreundlichen Politik beginnen. Dass das Land Brandenburg dabei bereits große Fortschritte gemacht hat, zeigt sich auch in steigenden Geburtenraten. Der demografische Wandel wird davon jedoch nicht aufgehalten. Ohne die Zuwanderung junger Menschen wird die Bevölkerung Brandenburgs im Durchschnitt immer älter, und sie schrumpft. Wer Ängste in der Bevölkerung vor sogenannten „Fremden“ schürt, die in Brandenburg Schutz oder ein neues Leben suchen, verhält sich rassistisch und gefährdet Zukunftschancen.

Die Anliegen einer fortschrittlichen und emanzipatorischen Frauen- und Gleichstellungspolitik in Brandenburg sind unvereinbar mit den Positionen der AfD.

# Klimaschutz

Die AfD sieht sich als Partei des „gesunden Menschenverstandes“. Dazu gehört ein gewisses Image als Skeptiker- und Protestpartei. Gleichzeitig hat sie eine wirtschaftsliberale Ausrichtung – die Interessen der Unternehmen spielen bei der AfD eine wichtige Rolle. Das spiegelt sich auch in ihren Positionen zur Umweltpolitik und Kernenergie. In der Klimapolitik ist die AfD die einzige in einem Parlament in Deutschland vertretene Partei, die den menschengemachten Klimawandel bestreitet. Sie ist der Ansicht, die Klimaschutzpolitik beruhe auf „unbewiesenen hypothetischen Klima-Modellen“. Klimaschutzorganisationen sollen ihr zufolge keine Unterstützung mehr erhalten.

» *Nicht einmal Saudi-Arabien bezweifelt heute noch, dass eine Begrenzung der globalen Erwärmung dringend erforderlich ist.* «



Prof. Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) kommentiert die klimapolitischen Vorstellungen der AfD.

Die AfD präsentiert eine Mischung aus wenigen wahren, aber trivialen Aussagen zum Klima („Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert“) und vielen der Mythen, die von der Lobby für fossile Energie und den unwissenschaftlichen Webseiten der sogenannten Klimaskeptiker verbreitet werden. Etwa, dass es seit den 1990er-Jahren keinen Temperaturanstieg mehr gebe. In Wahrheit waren die vier global wärmsten Jahre seit Beginn der Messungen die Jahre 2015, 2014, 2010 und 2005.

Gerade die starken Veränderungen in der Erdgeschichte zeigen, wie empfindlich das Klima auf Störungen reagiert. Die CO<sub>2</sub>-Menge in der Atmosphäre liegt heute bereits weit höher als jemals seit mindestens einer Million Jahre. Diese menschlich verursachte Störung der Wärmebilanz unseres Planeten übersteigt alle natürlichen Beiträge (z.B. Schwankungen der Sonnenaktivität) seit 1950 um mindestens das Zehnfache.

Ein weiterer Ausstoß von Treibhausgasen wird zu weiterer Erwärmung und Anstieg des Meeresspiegels und zu vermehrten Wetterextremen und Dürren führen: massiven Risiken für die Menschheit. Das ist seit langem Konsens in der Wissenschaft. Kein Staat der Erde – nicht einmal Saudi-Arabien – bezweifelt heute noch, dass eine Begrenzung der globalen Erwärmung unterhalb von zwei Grad durch Absenken des Treibhausgasausstoßes dringend erforderlich ist. Dies wurde daher im Dezember 2015 im Klimaabkommen von Paris von 195 Staaten einstimmig beschlossen.

# Zum Weiterlesen

---

Wolfgang Benz: *Die „Alternative für Deutschland“ und der Antisemitismus*. Deutschland-Archiv, Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2016. Online unter: [www.bpb.de/231398](http://www.bpb.de/231398)

compact.de: *Steuern, Bildung, Hartz IV: Was die AfD wirklich will*. Verden, 2016. Online unter: <https://blog.compact.de/2016/03/steuern-bildung-hartz-iv-was-die-afd-wirklich-will/>

Alexander Häusler: *Die AfD: Eine rechtspopulistische Partei im Wandel. Ein Zwischenbericht*. DGB Bundesvorstand, Berlin 2016. Online unter: <http://www.dgb.de/themen/+co+1bdaca50-f10c-11e5-b9f3-52540023efia>

Andreas Kemper: *„... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“*. Die Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena 2016. Online unter: [http://www.th.rosalux.de/fileadmin/ls\\_thuringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf](http://www.th.rosalux.de/fileadmin/ls_thuringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf)

Andreas Kemper: *Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2014. Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf>

Christoph Kopke und Alexander Lorenz: *„Wenn ich benenne, was Menschen umtreibt, bin ich Demokrat.“ Der Wahlkampfauftritt der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg*. Studie im Auftrag der Partei DIE LINKE. Potsdam 2014. Online unter: [http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Newsletter/AFD-Studie\\_Endfassung\\_Aktualisiert\\_\\_14.11.14.pdf](http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Newsletter/AFD-Studie_Endfassung_Aktualisiert__14.11.14.pdf)

klimafakten.de: *Was sagt die AfD zum Klimawandel? Was sagen andere Parteien? Und was ist der Stand der Wissenschaft? Ein Faktencheck zum Grundsatzprogramm der „Alternative für Deutschland“*, Berlin o.J. Online unter: <https://www.klimafakten.de/sites/default/files/downloads/faktencheckafd-grundsatzprogramm.pdf>

Katharina Nocun: *Wie sozial ist die AfD wirklich? Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik*. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden 2016. Online unter: <http://www.boell.de/sites/default/files/2016-6-wie-sozial-ist-die-afd.pdf>



